

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

106 (8.5.1914) Zweites Blatt

Immer wieder Rüstungsheize.

J. K. Sollte es wirklich harmlose Gemüter gegeben haben, die hofften, mit der gewaltigen Militärvorlage des vergangenen Jahres würde für einige Zeit wenigstens der Geißhunger des Militarismus gestillt sein, so sind diese politischen Analphabeten bereits heute: arj erttäuscht. Ueb...

Man heizt dem deutschen Mittel tüchtig ein, indem man den „Krieg nach zwei Fronten“ als unausbleiblich hinstellt, wozu die gereizte Stimmung in Rußland die schönste Gelegenheit bietet. Dabei wird das wüßlose Spiel der Zahlenraerei getrieben, indem man herausrechnet, daß Deutschland bereits wieder von seinen Rivalen, Frankreich und Rußland überflügelt sei. Als es darauf ankam, die letzte Militärvorlage durchzudrücken, hieß es, die Forderungen seien zwar groß, aber mit ihrer Bewilligung werde ein Zustand geschaffen, bei dem Frankreich angesichts des Stillstandes seiner Volksvermehrung nicht mehr mit...

Altmächtig wird aber auch bürgerlichen Kreisen klar, daß der „Militarismus uns aufrisht“, wie es ein Zentrumsblatt vor kurzem ausdriickte und daher muß durch allerlei Kränfte dem lieben Publikum vorgegaukelt werden, daß Deutschland immer noch neue Opfer bringen könne. Da ist ein Herr Carthaus, Geheimere Oberfinanzrat und Oberzolldirektions-Präsident in Posen, der im Scherzhaften „Tag“ es unternimmt, die Frage zu bejahen: „Können dem deutschen Volke weitere Rüstungs-lasten auferlegt werden?“ Der gute Mann macht allerlei statistische Uebungen, um herauszurechnen, daß Deutschland sowohl genügend Menschen, als auch Geld hat, um eine noch viel größere Armee zu unterhalten.

Das erste soll bewiesen werden durch die Tatsache, daß nicht alle Militärpflichtigen alljährlich ausgehoben werden. Der Herr Oberfinanzrat rechnet heraus, daß eigentlich im Jahre 1912 bereits 296 000 Heerespflichtige mehr vorhanden waren, als man nach der neuen Heeresvorlage braucht. Indessen haben zwei Punkte, ein hoher Offizier in der „Wossischen Zeitung“ wird, weil sie zu schwach sind und man hofft, daß sie sich in den nächsten zwei Jahren noch kräftigen. Sollte man nach dem Carthaus'schen Rezept verfahren, so müßte man das unterlassen und es ständen dann allerdings für ein Jahr mehr Rekruten zur Verfügung, die aber in den nächsten beiden Jahren fehlen würden. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß auch die Rekrutenzahl, die nach der letzten Heeresvorlage vorgesehen ist, nur zu bescheiden sein dürfte, wenn die Anforderungen in bezug auf die Tauglichkeit herabgesetzt werden. Das aber ist ein sehr gefährliches Beginnen, weil auf diese Weise der Gesundheitszustand in der Armee sich verschlechtern muß. Der militärische Sachverständige in der „Wossischen Zeitung“ sagt denn auch:

„Werden die Ansprüche an die Tauglichkeit zu sehr herabgesetzt, so werden nicht nur die Zahl der Kranken, sondern in höherem Grade die der Invaliden steigen, für die dann noch besondere Aufwendungen zu machen sind, ohne daß der Staat etwas davon hat. Einseitige französische Offiziere sehen denn auch in dem Maßnahmenplan, der mehr Wert auf Größe als auf Güte des Heeres legt, die Ursache einer Schwächung der Armee. Sie befürchten nicht mit Unrecht, daß infolge der ersten Kriegsmärche die Kasernen durch Schwächlinge, die den Anforderungen nicht gewachsen sind, überfüllt werden. Der bekannte Militärwissenschaftler Oberst Debon schätzt diesen Abgang auf 30 v. H. der Stärke. Das hindert aber unsere Rüstungsplaner nicht, zu fordern, daß diese französischen Torheit nachgemacht werde.“

Die Kosten machen den Rüstungsplaner noch weniger Sorgen. Unser Oberfinanzrat z. B. schwelgt in der Ausmalung des Reichtums Deutschlands. Er will partout noch 45 000 Soldaten mehr haben, als die letzte Heeresvorlage vorsieht und rechnet mit einer Mehrausgabe von 140 Millionen Mark jährlich. Das sei eine Kleinigkeit, meint er, angesichts des Reichtums Deutschlands.

Zur Verurteilung der Patentpatronen erklärt er indessen, daß eine Wiederholung des Wehrbeitrags als Art der Gelderhebung gesetzlich unbedingt ausgeschlossen ist und im Eifer sagt er es dreimal. Aber auch andere Formen der Besteuerung der Weisenden sind nicht nach seinem Geschmack. Er schwelgt zwar in Zahlen, die die gewaltige Zunahme des Reichtums bezeugen sollen (Die dilettantenhafte Schätzung des Bankdirektors Helfferich hat es ihm angetan), aber als vorzüglicher Mann bemerkt er „insbesondere ist das Einkommen der besitzenden Klassen, trotz der starken Zunahme des Kapitalreichtums, nicht in stärkerem Maße gestiegen, als das Einkommen derjenigen Schichten, die ausschließlich oder vorwiegend auf das Erträgnis ihrer Arbeit angewiesen sind.“ Daß erweisenermäßen in den letzten Jahren die Kosten des Lebensunterhalts stärker gestiegen sind, als die Löhne, kümmert den Herrn nicht und seiner Weisheit letzter Schluss ist — mehr indirekte Steuern. Aus Bier, Branntwein, Wein, Tabak sind noch viele Millionen zu...

holen, meint er und auch für weitere Stempelsteuern und Monopole begeistert er sich.

Es ist die alte Leier, wie man sieht; das Volk soll zahlen, bis zum Weißbluten. Aber wenn eine hohe Regierung bei der letzten Wehrvorlage mit sauerlicher Miene dazu griff, einen Teil der Ausgaben durch direkte Steuern zu decken, so geschah es in der Hauptsache darum, weil man genau wußte, daß nach der Brandschätzung vom Jahre 1909 eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern nicht durchführbar ist. Es würde dann einfach der Verbrauch zurückgehen und die Erträge würden sich vermindern.

Indessen hat Herr Carthaus insofern recht: der „Reichtum Deutschlands“ ist gewaltig gestiegen und wird voraussichtlich auch in der nächsten Zeit steigen, wenn man darunter den Reichtum der kapitalistischen Bourgeoisie versteht. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß man durch direkte Steuern, durch Besteuerung der großen Vermögen und des Einkommens noch sehr erhebliche Einnahmen für öffentliche Zwecke herausholen kann. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß das Volk sich zurieren geben kann, wenn weiterhin hunderte von Millionen für militärische Zwecke vergeudet werden, sobald die Mittel von den Kapitalisten aufgebracht werden. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, neue direkte Steuern einzuführen, um die indirekten Steuern aufzuheben, ferner darin, durch Besteuerung des Mehrwertes einen Teil des Resultats der Arbeit der Arbeiterklasse für öffentliche Zwecke, für Zwecke der wirklichen Wohlfahrt herbeizuführen. Es haben unaufschiebbare Kulturaufgaben, auf dem Gebiete des Schulwesens, des Verkehrswesens, des Gesundheitswesens, der Hebung der Produktionskräfte (Urbarmachung von Deldland, Kuzbarmachung der Wasserkräfte usw.). Jede Million, die für solche Zwecke verausgabt wird, bringt Gewinn; jede Million für militärische Zwecke ist vergeudet.

Doch mehr noch: jeder weitere Schritt auf dem Wege des Militarismus steigert die Gefahr des Massenmordes, des Krieges, der uns in der Kultur zurückwerfen würde und gerade deshalb vor allem gilt es mit aller Macht, diese Gellüste zu bekämpfen.

Die Enteignung der Duala.

Dem Reichstag ist die von der Regierung zugesandte Denkschrift nunmehr zugegangen — ein dickes Buch von 268 Seiten. Den Briefwechsel, dessen Abdruck die Kommission gewünscht hat, hat die Regierung nicht beigelegt, noch weniger ist sie geneigt, dem Reichstag eine Anzahl der wichtigsten Schriftstücke in Urtschrift vorzulegen. Sie beschränkt sich darauf, alle Angaben der Eingeborenen als unmaß zu bezeichnen. Der Kern der Sache ist folgender: Die Eingeborenen wohnen in Duala am Ufer des Kamerunflusses, sie treiben dort Handel und Fischfang. An diesem Ufer Regen auch die Ansiedlungen der Weißen, die sich nun dadurch befristigt fühlen, weil auch die Eingeborenen dort ihre Wohnstätten haben. Der Plan des Gouverneurs geht bereits seit Jahren dahin, die Eingeborenen vom Flußufer zu vertreiben und sie auf einem etwa ein halbes Stunde entfernten, von den Wohnstätten der Weißen durch einen breiten Sandgürtel getrennten Gebiete neu anzusiedeln. Die Eingeborenen wenden dagegen zunächst ein, daß sie ihrer Erwerbquelle völlig beraubt werden, sobald man sie vom Fluß, wo sie ihre Bote liegen haben, vertreibt. Das Gouvernement schickt nun in der Hauptsache hygienische Gründe für seine Maßnahmen vor; die Eingeborenen dagegen behaupten, daß ihnen der Grund und Boden zu billigen Preisen abgenommen werden solle, damit die Regierung Grundstückspekulation zu treiben in der Lage sei. Durch einen Vertrag vom Jahre 1884 ist den Eingeborenen der Schutz des Deutschen Reichs zugesichert worden, weiter wurde ihnen zugestanden, daß sie auf dem Grund und Boden bleiben dürfen, auf dem schon ihre Großeltern gewohnt haben.

Die Regierung hat dem Reichstag bereits im Jahre 1906 eine Vorlage unterbreitet, wonach das Privateigentum auf einem Teile jenes Gebietes enteignet werden soll. Der Reichstag hat damals zugestimmt, ohne natürlich eine Meinung davon zu haben, welche Konsequenzen die Kolonialverwaltung aus dem Beschluß zu ziehen beabsichtigte. Im Jahre 1911 wurden weitere 660 000 Mk. gefordert zum Erwerb von Eingeborenen-Land in Duala und anderweitigen Ansiedlungen eines Teiles der dortigen Eingeborenen. Diesmal deutete man zwar an, daß eine Verletzung der Eingeborenen geplant sei; die ganze Begründung war aber doch derart unklar, daß auch hieraus die eigentlichen Absichten der Kolonialverwaltung nicht zu erkennen waren.

Die Denkschrift enthält nun eine ganze Menge Affentüde, die aus der Sache entstanden sind. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Europäer-Siedlungen jetzt regellos zwischen denen der Eingeborenen liegen, daß die gesundheitlichen Verhältnisse dadurch äußerst mangelhaft sind, weil insbesondere durch die Unsauberkeit der Eingeborenen die Malaria-gefahr ganz erheblich gesteigert sei. Außerdem dringe aus den Häuten der Eingeborenen Trommellärm, Gespinnst, Gestank und Rauch heraus. Den Eingeborenen wird dann zum Vorwurf gemacht, daß sie zwar nicht von der Regierung, aber von Privatleuten hohe Preise für Grundstücke verlangen und es wird herabgehoben, daß einzelne Eingeborene sich bereits als Grundstückspekulanten betätigten. Der Regierungsrat Dr. Niemann hat dann ein Gutachten ausgefertigt, das ganz im Sinne der Wünsche der Kolonialverwaltung gehalten ist. In dem Gutachten wird behauptet, daß Duala eine gesunde Tropenstadt werden könne, in der man ohne Chinin leben könne, nur müßten die farbigen vertrieben werden. Gegen diesen Plan haben dann die Hauptlinge Einspruch erhoben. Bereits am 8. März 1912 wandten sie sich mit einem Telegramm an den Reichstag. In der Depesche wiesen sie darauf hin, daß die Existenz des ganzen Volkes in Frage gestellt sei, wenn es vom Flußlauf entfernt werden sollte. Wegen dieses Telegramms an den Reichstag und wegen einer Eingabe an den Gouverneur wurden dann die Eingeborenen am 20. November 1912 von dem Bezirksamtmann Niemann zur Rede gestellt. Er hielt ihnen vor, daß sie fünfzig Bannverben nur bei ihm vorzubringen hätten. Er stellte dann den Eingeborenen eine Reihe Vorteile in Aussicht, falls sie freiwillig ihre bisherigen Grundstücke verlassen wollten. Die Eingeborenen verhielten sich damals und auch später immer wieder ablehnend. In einer langen Eingabe an den Gouverneur Dr. Ebermaier führten sie alle die Gründe für diese Ablehnung an und hoben hervor, daß sie aus einem Teile des Gebietes der Populärte bereits vertrieben worden seien. Im November 1913 kam dann der Gouverneur selbst nach Duala, ließ dort die Hauptlinge rufen und machte ihnen klar, daß an der Enteignung nichts mehr zu ändern sei. Der Wortführer der Hauptlinge, Rudolf Well, der in Deutschland das Gymnasium besucht...

hat, deshalb der deutschen Sprache völlig mächtig ist, erklärte dem Gouverneur, die einzige Bitte der Eingeborenen sei, daß sie auf dem Boden leben und sterben dürfen, auf dem ihre Großväter und Väter gelebt haben und auf dem sie selbst groß geworden seien. Der Gouverneur hielt den Hauptlingen dann vor, daß sie nichts für die Meinslichkeit getan hätten, daß im Laufe der Jahre nichts besser geworden ist in Duala, daß alle ihre Einwände vergeblich seien, im Reichstag sei alles vorgebracht worden, und der Reichstag habe wohl gewußt, was er tat. Der Gouverneur schloß:

„Der Kaiser, der Reichstag, das Kolonialamt haben schon entschieden, ich bin der Gouverneur und habe zu gehorchen. Ihr werdet keinen anderen Bescheid bekommen, das weiß ich. Ich kann eine andere Entscheidung nicht geben, alles ist wohl überlegt. Glaub mir, daß ich euer Bestes will. Eure Kinder und Kindeskinde werden mir danken, daß ich eure Bitte abschlage.“

Dazu ist festzustellen, daß der Reichstag damals über die Einzelheiten der Vorgänge in Duala noch nicht informiert war. Die Dualas fügten sich nicht. Sie machten weitere Eingaben und erhielten dann vom Bezirksamtman den kurzen Bescheid, daß sie einfach anzugeben hätten, welche Plätze sie in der neuen Ansiedlung sich wählen wollten. Die Hauptlinge antworteten darauf, daß sie keine Plätze wählen würden, der Vertrag von 1884 könne nicht einseitig gelöst werden, vielmehr müßten die Hauptlinge damit einverstanden sein. Auf diese Beschwerde hin veränderte der Bezirksamtman den Beschluß, daß dem Landesfiskus von Kamerun das Enteignungsrecht verliehen wird. Von der Enteignung würden nur ausgenommen einige größere den Eingeborenen gehörende Gebäude, die sich nach ärztlichem Gutachten zu dauerndem Wohnen von Nichtingeborenen eignen. Dem Landesfiskus wurde aber gleichzeitig das Recht übertragen, zu bestimmen, daß diese Grundstücke von Eingeborenen nicht benutzt werden dürfen. Die Eingeborenen sollten also restlos aus ihren seitherigen Wohnstätten vertrieben werden auch dann, wenn ihr Gebäude zu feinerer Ausstellungen Anlaß gibt. Die Kolonialverwaltung ließ sich dann nochmals von zwei Ärzten Gutachten geben, in denen wieder bestätigt wurde, daß der Verkehr der Eingeborenen mit den Weißen durchaus gesundheitsschädlich sei. Darauf erwiderten dann die Hauptlinge, wenn das richtig wäre, dann müßte man auch die schwarzen Köche, Diener, Soldaten, Wäscheute, Handwerker, Arbeiter und Ranglisten nicht in die weißen Ansiedlungen hineinlassen; und insbesondere müßte man dies den im Verkehr mit Europäern stehenden schwarzen Weibern verbieten. Die Eingeborenen haben dann an den Reichstag telegraphiert. Dieses Telegramm ist fünf Tage zurückgehalten worden, und in aller Eile hat dann der Bezirksamtman die Enteignung angeordnet. Die Eingeborenen haben sich nun an den Reichsanwalt Dr. Halpert-Berlin gewandt und ihm die Vertretung ihrer Interessen übertragen.

Mittlerweise war Staatssekretär Solf selbst in Kamerun eingetroffen, hat die Hauptlinge empfangen und ihnen ebenfalls erklärt, daß von der Enteignung nicht abgesehen werden könne. Die Eingeborenen scheinen die Äußerungen des Staatssekretärs nicht richtig verstanden zu haben, wenigstens haben sie den Schluß daraus gezogen, daß sie bei ihm auf eine gerechtere Würdigung ihrer Beschwerden rechnen können. Diesen Glauben hat der Bezirksamtman Niemann im September 1913, als die Hauptlinge vor ihm erschienen, gründlich zertröt. Er erklärte ihnen, daß der Staatssekretär ausdrücklich betont habe, die Enteignung könne nicht rückgängig gemacht werden. In der Verhandlung erklärten dann die Hauptlinge, daß sie ihre Beschwerde nunmehr in Deutschland selbst vorbringen wollten, was ihnen die hönische Gegenfrage des Bezirksamtmanns eintrug: „Bei wem wollen die Hauptlinge ihre Sache vorbringen?“

Schließlich erklärte ihnen der Bezirksamtman in kurzen Worten: Aber sich den Anordnungen der Regierung nicht füge, der lehne sich gegen die Regierung auf und werde von der Regierungsgewalt beiseite geföhben. Oberhauptling Rudolf Well hat dann beim Gouverneur um die Erlaubnis, nach Deutschland reisen zu dürfen und erklärte sich bereit, die vorgeschriebene Kaution von 600 Mk. zu hinterlegen und die Zustandsänderungsgebühr in Höhe von 20 Mk. zu bezahlen. Die Plätze auf dem Dampfer waren für Well und seine Begleiter bereits bestellt, der Gouverneur betweigerte jedoch den Hauptlingen die Erlaubnis zur Reise nach Deutschland. Die Hauptlinge waren, jenseit gehindert, ihr Anliegen in Deutschland selbst vorzutragen.

Reichsanwalt Dr. Halpert-Berlin hat dann die bereits bekannte Eingabe an den Reichstag verfaßt. Und der Bezirksamtman in Duala hat unterdessen den Oberhauptling Rudolf Well seines Amtes entbunden. Diese selbstsame Amtsenthebung wurde damit begründet, daß Rudolf Well eigenhändig Beamter sei. Unter fürmlicher Heiterkeit hatte bereits in der Budgetkommission der Abg. Erzberger verlangt, daß man auch das Protokoll vorlegen müsse, aus dem sich ergebe, daß Rudolf Well als deutscher Beamter verpflichtet worden wäre. In dem umfangreichen Material ist allerdings ein solches Protokoll nicht zu finden. Unterdessen scheint die Kolonialverwaltung mit der Enteignung tatsächlich bereits begonnen zu haben, wenigstens werden in dem Material die Bortrude für die Enteignungsbeschlüsse bekannt gegeben.

Der Denkschrift sind eine Anzahl Karten beigegeben und eine Reihe Bilder, aus denen man ersehen kann, daß ein Teil der Eingeborenen dort überaus stattliche Häuser besitzt, namentlich das Haus des Rudolf Well präsentiert sich ganz erhaben als ein Palast. Diese Häuser sollen bekanntlich auch nicht weggerissen werden, nur soll den Besitzern verboten werden, fernerhin dort zu wohnen. Man will sie zwingen, diese feineren Häuser zu vermieten, und es läßt sich denken, welsch eine Bagatelle ihnen dann schließlich als Miete geboten werden dürfte.

In den nächsten Tagen werden die Verhandlungen über diese ungeheuerliche Sache in der Budgetkommission des Reichstags ihren Anfang nehmen, und man darf sich auf heftige Zusammenstöße mit der Kolonialverwaltung gefaßt machen.

Aus der Partei.

* Deutsch-Neureut, 7. Mai. Am Sonntag, 10. Mai, nachmittags 2 Uhr, findet im „Feldschlößchen“ in Welschnenreut das 10. Stiftungsfest des Verbandes der Waler, Filiale Deutsch- und Welschnenreut, statt, wozu die organisierten Arbeiter von hier und Umgebung sowie Freunde und Gönner unserer Sache freundlichst eingeladen sind. Die Festrede hat Arbeitersekretär Gipp übernommen, der vor 10 Jahren die schwierige Pionierarbeit in beiden Orten mit zäher Ausdauer geleistet hat und jetzt mit Freude den Erfolg sehen kann. Es wird zahlreiche Beteiligung seitens der organisierten Arbeiter von hier und Umgebung erwartet. Für Unterhaltung ist bestens Sorge getragen. Also auf am Sonntag nach Welschnenreut ins „Feldschlößchen“.

* Georg Klampfer gestorben. Am Samstag abend starb in Rindorf bei Nürnberg der Landtagsabgeordnete und Mitgliedratsrat Genosse Georg Klampfer; er war geboren am 14.

Seite

Abends

en

Stück
Stück
Stück
Stück

zen,
nung

henden
ung

876

721.

Jacke

ackstügen

t-Sachen

ischen

träger

ferhaus

ys. Lämme

enstraße 51.

werden bei

ldvogel,

straße 55,

ren u. Damen

huhe, Eitelst.

zu Ausnahmen

Wettstellen m. Hof

16 u. 18 Mk.

3. Aufklappen m.

20 Mk. Walschil

Kommoden, Feder

lig.

April 1860 in Kirndorf. Nach Beendigung seiner Schulzeit wollte er Lehrer werden, aber der frühe Tod eines vermögenden Onkels hinderte ihn; die Tante vermachte das Vermögen religiösen Instituten. Klampfer erlernte dann den Beruf eines Feinmechanikers, arbeitete als solcher in Fürth und gründete später in Kirndorf ein eigenes Geschäft mit seinem Bruder, was er aber trotz allen Fleißes nicht in die Höhe bringen konnte, so daß er später die Fabrikation und den Handel von Guitarten übernahm.

Georg Klampfer gehörte früher der nationalliberalen Partei an, in der er ein eifriger Agitator war. Aber schon in dieser Zeit drängte ihn das Gefühl auf die Seite der Schwachen und die Verfolgungen der Arbeiterklasse unter dem Sozialistengesetz veranlaßten ihn schließlich, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Die Gründung der Parteioffiziersorganisation in Kirndorf, die Gründung der Metallarbeiterorganisation, des Vereins für Bürgerrechtserwerb, des Arbeitergesangvereins in Kirndorf ist sein Werk gewesen. Bald wurde er von den Kirndorfer Genossen in den Magistrat gewählt und bei der letzten Landtagswahl schickte ihn das Vertrauen der Parteigenossen in den bayerischen Landtag. Bei den Reichstagswahlen landbierte er verschiedene Male im Wahlkreise Neustadt-Rothenburg. Er war ein beliebter, gern gehörter Volksredner. Der Tod hat seinem langen Leiden ein Ende gesetzt. Die Parteigenossen werden das Andenken Georg Klampfers in Ehren halten.

* Die Mafseier in Ungarn. In ganz Ungarn wurde diesmal die Mafseier imposanter als je begangen, da mit dieser auch der Wahlkampf eingeleitet wurde. In Budapest zogen mehr als 40 000 Männer und Frauen in festlichem Zuge durch die Hauptstraßen hinaus ins Stadtwäldchen, wo sich bald ein festliches Treiben entwickelte. Auch in allen anderen Städten Ungarns waren zur Mafseier noch nie gesehene Massen versammelt. Und die Versammlungsredner verkündeten den schärfsten Kampf gegen die Regierung. Auch die Bauern und die Landarbeiter beteiligten sich stark an der Feier. In vielen Großgemeinden zogen die Kleinbauern und Landarbeiter in geschlossenen Zügen in die Versammlung, und die Einwohner der umliegenden Dörfer kamen zu Wagen und zu Pferde. Wohl war die gesamte Gendarmerie auf den Beinen, doch sind auch bereits die Landbewohner bereit aufgestellt, daß sie Protestationen der Behörden aus dem Wege gingen. Daher verlief auch die Mafseier im ganzen Lande ruhig und ohne Blutvergießen, was in Ungarn zur Seltenheit gehört.

Gewerkschaftliches.

Erfolgreiche Tarifbestimmungen im Bädergewerbe. In Frankfurt a. M. konnte vor einigen Tagen die Lohnbewegung der Bäder zum Abschluß gebracht werden. Der für eine Anzahl Nichtnahrungsbetriebe bestehende Tarifvertrag wurde mit wesentlichen Verbesserungen erneuert. In Betrieben bis zu drei Gehilfen wird alle 14 Tage, und in solchen mit mehr als drei Gehilfen wöchentlich ein 36stündiger Ruhetag gewährt; für die Hilfsarbeiter sind anstelle des Ruhetages Ferien in der Dauer von einer Woche festgesetzt. Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen 26 M. wöchentlich. Ueberstunden werden mit 60 Prozent bezahlt. Die Vermittlung von Arbeitskräften erfolgt durch den städtischen Arbeitsnachweis. Von den 108 bei der Bewegung in Frage kommenden Unternehmern haben bis jetzt 27 den Tarif noch nicht anerkannt. Außer diesen Einzelverträgen mit den Nichtnahrungsbetrieben besteht noch ein allgemeiner Vertrag mit der freien Innung und der Gehilfenorganisation, sodas nunmehr im Stadt- und Landgebiet Frankfurt a. M. in über 400 Bädereien mit rund 1100 beschäftigten Personen die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich durch den Zentralverband der Bäder und Konditionen geregelt werden konnten.

In Offenbach a. M. wurde ebenfalls ein Tarifvertrag mit sämtlichen Bädermeistern, die der Innung nicht angehören, abgeschlossen. Der Lohn- und Logiszwang ist dadurch in 48 Betrieben beseitigt. Der Mindestlohn beträgt bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 Stunden 24 M. wöchentlich und erhöht sich im nächsten Jahr um 1 M. Als Ersatz für die Sonntagsarbeit werden jährlich 13 freie Tage gewährt. Neben diesem Vertrag mit den Nichtnahrungsbetrieben besteht noch ein Tarif, den die Innung mit dem meistertreuen Gesellenauschuß vereinbart hat, worin aber ganz bedeutend schlechtere Bestimmungen niedergelegt sind.

In Fiedenburg (Hessen) wurde mit der Bäderinnung ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach welchem den Gehilfen alle vier Wochen ein 36stündiger Ruhetag gewährt wird. Der wöchentliche Mindestlohn beträgt 26 M. und steigt nach zwei Jahren auf 28 M. Die Verabfolgung von Naturalverpflegung ist nicht mehr zulässig. Ueberstunden werden mit 55 Pf. bezahlt. Durch diese Tarifabschlüsse sind nunmehr die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bezirk Frankfurt a. M. fast in sämtlichen Bädereibetrieben geregelt.

* Der Verband der Maler stärkt seine Reihen. Schon seit Wochen entfaltet der Verband der Maler eine umfassende planmäßig durchgeführte Agitationsstätigkeit. Der Herausgabe einer instruktiven, das Wirken und die Erfolge der Organisation trefflich schildernden Aufklärungsschrift und einer Hausagitation folgt vom 4.—12. Mai eine allgemeine Versammlung. Annähernd 300 Versammlungen mit den Verbandsfunktionären als Referenten werden über ganz Deutschland hinweg in diesen Tagen abgehalten. Darin soll behandelt werden: „Der Widerstand der Unternehmer gegen die soziale und kulturelle Besserstellung der Arbeiter des Malergewerbes“. — Die Nr. 18 des „Verbands-Anzeigers“ (Organ des Malerverbandes) ist als Agitationsnummer gut ausgestaltet und in größerem Umfang als sonst erschienen. Außer einer Anzahl Artikel, die den Wert der Organisation behandeln, ist an erster Stelle in einem Aufruf mit wenig Sätzen die im Malergewerbe herrschende Situation klar und deutlich aufgezeichnet. Die Entwicklung des Organisationsgedankens, die Leistungen des Verbandes der Maler, die Pläne des Unternehmens, dessen im Vorjahr inszenierte, aber verunglückte Machtprobe und dann ein ganzes Sündenregister sozialer Rücksichtslosigkeit und mittelständlich-verbohrender Arbeiterfeindschaft werden da geschildert.

Die im Unternehmerverband organisierten Malermeister — wenigstens ihre Führer — behen jetzt zusammen mit den Scharmachern aller Grade gegen die soziale Besserstellung, besonders gegen den Unfall- und Gesundheitschutz, gegen eine anständige Bezahlung, vor allem der älteren Arbeiter; gegen die Arbeitslosenversicherung; desto mehr aber wirken sie für die Verkümmernng des Koalitionsrechts der Arbeiter, in dessen sie selbst den schärfsten Terrorismus üben, den Farbenbändlern Weirträge abzwängen und die Zwangsinnungen zu ihren Kampfbündeln mißbrauchen; sie verlangen die Politischerklärung der Gewerkschaften, treiben aber selbst hinausgesetzte Politik. Das alles wird ihnen in dem Organ des Malerverbandes vorgehalten. Daß es aber auch ein lebhaftes Echo in den Kreisen der beteiligten Arbeiter findet, beweisen wir nicht. Die rührige Tätigkeit der leitenden Faktoren des Verbandes der Maler zeigt, daß dessen Mitglieder bei ihm eine energische Vertretung ihrer Interessen gegen ein sozial-rückwärtiges Unternehmertum finden.

* Zum Kampf in der Solinger Waffenindustrie. Vollen neun Wochen stehen nunmehr die Solinger Waffenarbeiter im

Kampf, ohne daß auch nur ein einziger Arbeiter der Sache untreu geworden wäre. Streikbrecher sind nicht zu finden. Die dem Scharfmacherkonsortium angehörenden fünf ausserordentlichen Firmen sind am Ende ihres Lateins angelangt. Dem Unternehmerverband gelang es nun, durch einen gewissen Druck auf die nicht aussperrenden kleinen Firmen insofern einzuwirken, daß zwei dieser Firmen (Kod u. Ohliger und Clemen u. Jung) sich der Aussperrung angeschlossen haben. Den Arbeitern dieser Firmen wurde bereits gekündigt und den für diese Firmen arbeitenden Selbständigen wurden keine Aufträge mehr erteilt. Auch die anderen kleinen Firmen wurden nochmals aufgefordert, sich der Aussperrung anzuschließen, die dann eine allgemeine werden dürfte.

Die an der Aussperrung beteiligten drei Arbeiterorganisationen haben diese Maßnahme damit beantwortet, daß sie in einer Waffenarbeiterversammlung am Samstag beschlossen, über alle dem Unternehmerverband angehörenden Waffenfirmen den Streik zu verhängen. Die Zahl der betroffenen Arbeiter wächst damit auf 800 an. Industriearbeiter, Metallarbeiter und arbeitsloser Metallarbeiterverband stehen geschlossen hinter den Streikenden und werden den Kampf energisch weiterführen.

* Achtung, Metallarbeiter! Die Metallarbeiter der Firmen C. Kühn, Fabrik für Heizungsanlagen und Eisentechnik, und die in den Motoren-Werke G. m. b. H. in Frankfurt a. M. befindlich im Streik. Bei der Firma Kühn ist der Streik wegen Nichtinnehaltung des mit dem Metallarbeiterverband abgeschlossenen Vertrags ausgebrochen. In den Motorenwerken verlangten die Dreher und Schlosser die Festsetzung der Akkordpreise. Die Firma erklärte, daß sie sich auf eine Akkordpreistabelle unter keinen Umständen einlasse. Die Festsetzung der Akkordpreise für die einzelnen Arbeiten müsse sie sich vorbehalten. Da alle Verhandlungen resultatlos verliefen, mußte der Streik erklärt werden. Zugun von Metallarbeitern aller Branchen des Frankfurt a. M., besonders nach den oben bezeichneten Betrieben, ist fernzuhalten.

Jugendbewegung.

Vom Jungdeutschlandunfug.

Aus Sulzfeld meldet die bürgerliche Presse: Unser stattliches Dorf stand am Sonntag im Zeichen eines fröhlichen Jugendtages. Die Jünglingsvereine des Kraichgauer Jünglingsverbandes mit ihren Pfadfinderabteilungen feierten hier ihr Jahresfest. Von 6 Vereinen mit 177 Mitgliedern ist der Verband in den letzten Jahren auf 10 Vereine mit 294 Mitgliedern gestiegen. Unter Trommel- und Pfeifenklang abwechselnd mit Posannenenmusik rückten die einzelnen Abteilungen ein. Um 9 Uhr fand ein zahlreich besuchter Festgottesdienst statt. In dem Herr Pfarrer Steinmann-Durlach die Festpredigt hielt und Herr Kaufmann Ehemann von Bretten den Jahresbericht erstattete. Posannen- und Gesangsvorträge verschönten die Feier. Dann folgte Abkochen und darauf ein Paradezug der 200 Pfadfinder am Kriegerehrentafel vorbei, den die Herren des Vorstandes abnahmen. Nun verteilten sich die Scharen zum Kriegsspiel. Die Seemühle wurde verteidigt aber nach hartnäckigem Kampfe von der Lebermacht gewonnen. Den Schluß machte eine Nachfeier oben auf der Ravensburg mit fröhlichem Singen und gediegenen Ansprachen.

Es muß ein Bild zum Lachen... oder auch zum Schreien gewesen sein: Auf den Stufen des Kriegerehmentals die Pfadfinderpädagogen Herr Kaufmann Ehemann von Bretten und Herr Pfarrer Steinmann-Durlach in der alldeutschen gut kopierten Herrscherpose und unten vorbeiziehend das „Kriegsvolk“, die Buben, die stolz darauf sind, nun nicht mehr Angst vor dem Stock in der Schule oder im Elternhause wegen ihrer „Kriegerspielererei“ haben zu brauchen, sondern nun mit Erlaubnis und unter Führung erwachsener Leute ihren Unfug ausüben zu dürfen!

Soziale Rundschau.

* Versammlung des Arbeitsnachweisverbandes. Der Verband badiischer Arbeitsnachweise hielt am letzten Sonntag zu Baden a. M. eine 16. Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende des Verbandes, Bürgermeister Dr. Horstmann-Karlsruhe begrüßte die Erschienenen, und erstattete den Geschäftsbericht. Das Geschäftsjahr 1913 ist im allgemeinen ein Jahr des ruhigen und stetigen Fortschritts gewesen. Die Zahl der offenen Stellen betrug bei den Verbandsanstalten 163 123 (männl. 94 425, weibl. 67 698), die Zahl der Arbeitsuchenden 278 911 (männl. 210 741, weibl. 68 170), besetzt wurden im ganzen 124 211 Stellen, davon 76 571 männl. und 47 640 weibl. Auch die Vermittlungsmittel weisen im vergangen Jahre wieder eine Zunahme von rund 10 Prozent auf.

In besonderen Maßnahmen, die zum weiteren Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises in Baden geführt haben, sind zu erwähnen: Die Errichtung einer neuen Anstalt in Billingen, die Ausgestaltung des Arbeitsamtes Mannheim, die Herausgabe und Vorbereitung des Verbandsplatates, das durch das Entgegenkommen der Gr. Regierung, insbesondere des Gr. Ministeriums des Innern und der Eisenbahnerverwaltung in allen badiischen Rathhäusern und Parteiallen sowie in den Eisenbahnhöfen 3. Klasse angebracht worden ist. Ferner ist hier noch zu erwähnen: Die Einführung des Güterverkehrs bei der Gewährung von Fahrgeldzuschüssen an mittellose Personen sowie die Vermittlung minderwertiger Personen, zu der die Landesversicherungsanstalt Baden in dankenswerter Weise einen namhaften Beitrag leistet. Neben diesen Aufgaben hat der Verband weiter noch Gelegenheit gehabt, sich zu den beiden von der Reichsregierung ausgearbeiteten Vorentwürfen über das „Wanderfürsorgegesetz“ und das „Wanderarmengesetz“ zu äußern, was in zunehmendem Sinne geschah.

Eine eingehende Besprechung erfuhr sodann noch der dem Verband zur Annahme zugewandene Ertrag des Reichsamts des Innern mit den Vorständen des kaiserlichen statistischen Amtes über die Verbesserung der Arbeitsnachweisstatistik und den Ausbau der Arbeitsnachweisorganisation in dem deutschen Reich. Bei den nun folgenden Wahlen zum Verbandsauschuß wurden die bisherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt.

* Aus dem Jahresbericht der Tuberkulosausschüsse. Der Jahresbericht über die Tätigkeit der Tuberkulosausschüsse des Großherzogtums Baden im Jahre 1913 läßt erkennen, welche reiche und erprobte Tätigkeit die Ausschüsse leisten. Der Landes-Tuberkulosausschuß leitet vor allem die Organisation zur Bekämpfung der Tuberkulose in Baden; er trägt zur Gründung von Bezirks- und Ortsausschüssen bei und unterstützt diese mit Rat und Tat. Die Zahl der Personen, welche die Fürsorge im Anspruch nahmen, betrug 660 gegen 608 im Jahre 1912. Vom Jahre 1914 an stehen dem Landes-Tuberkulosausschuß erfreulicherweise größere Mittel zur Verfügung. Die Regierung sowohl als die Landesversicherungsanstalt Baden haben ihre Zu-

schüsse um ein wesentliches erhöht. Der Staatszuschuß wird künftig jährlich 10 800 M. betragen.

Als hervorragendes Mittel zur Bekämpfung über Urfache, Wesen und Heilbarkeit der Tuberkulose dient das Veningersche Tuberkulosewundermuseum, welches in Stadt und Land das größte Interesse erregt. Ein weiteres (2.) Tuberkulosemuseum wurde von Dr. Range-Herrschmidt in Medesheim ins Leben gerufen. — Der Prophylaxe dient das Erholungsheim für schulenlose Mädchen in Marzell im Albtal und auch die Walderholungsstätte für Männer im Sellbergwalde bei Ettlingen ist für vorwiegend prophylaktische Zwecke bestimmt. Die in den Anstalten erzielten Resultate werden als durchaus befriedigend bezeichnet. — Da der Landes-Tuberkulosausschuß nicht im Besitze einer eigenen Lungendiskette ist, hat er mit einer Reihe gut geleiteter und günstig gelogener Krankenheiser für die Aufnahme nichtverschleppter Tuberkulöser ein Vertragsverhältnis eingegangen.

In dem Jahresbericht wird sodann besonders betont, daß das Berichtsjahr 1913 für den Fortschritt in der Organisation zur Bekämpfung der Tuberkulose in Baden ein glänzendes Zeugnis ablegte. Maßgebend für die zunehmende Popularität der ganzen Bewegung ist die Zahl der bei den einzelnen Ausschüssen Hilfe suchenden, die eine stetige Steigerung aufweist. Auch die ärztlichen Fürsorge- und Beratungsstellen werden stark in Anspruch genommen. Zum Schluß konstatiert der Bericht, daß seit einer Reihe von Jahren die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht nicht nur im Verhältnis zur Bevölkerung im ganzen, sondern auch der Zahl der Fälle nach in Baden im ständigen Rückgang begriffen ist.

* Folgen der Teuerung — Rückgang des Fleischkonsums. Der joesen veröffentlichte amtliche Bericht des städtischen Schlachthof- und Viehhofes in Ludwig für das Jahr 1913 weist einen weiteren erheblichen Rückgang der Schlachtungen und des Fleischkonsums auf. Der Verbrauch an Fleisch betrug im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung 64,4 Kilogramm. Gegenüber dem Vorjahre ist der Konsum um 2,6 und gegenüber dem Jahre 1910 um 12,6 Kilogramm zurückgegangen. Gleichzeitig hat der Konsum an Pferdefleisch ständig zugenommen und im Jahre 1913 übersteigt den Bericht zum erstenmale das gewöhnliche Maß an Schlachthof. — Der Bericht konstatiert ausdrücklich, daß nicht Mangel an Vieh die Ursache des Rückgangs der Schlachtungen und des Fleischkonsums gewesen ist, sondern lediglich die teureren Fleischpreise. Trotzdem die Wperrung vor dem Auslande im Interesse der Agrarier.

* Liefer gets nicht mehr. Der Konkurrenzkampf unter den Volksversicherungsgesellschaften wird jetzt von den öffentlich-rechtlichen Anstalten dadurch auf das niedrige Niveau herabgezerrt, daß sie zum Kampf gegen die Volksfürsorge den unfauberen Apparat des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie für sich arbeiten lassen. Im „Rostocker Anzeiger“ publiziert diese zweifelhafte Gesellschaft ein Inserat, worin sie sich „beranlagt“ fühlt, wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ von sozialdemokratischer Seite gegründet ist und von Sozialdemokraten geleitet wird. Es wird daher jedermann, der nicht sozialdemokratisch gefimmt ist, dringend g e w a r n t, sich bei der Volksfürsorge zu versichern“. Weiter wird zum Abschluß von Versicherungen die „Öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsanstalt“ empfohlen.

In Hamburg, Jastrow und anderen Orten läßt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ein Flugblatt verbreiten mit dem verlogenen Titel: „Sozialdemokratische Volksfürsorge“. Wie der Titel schon andeutet, will denen in dem Flugblatt operiert wird — verlogen.

In dem Flugblatt wendet sich dann der Reichsverband ganz besonders an die Arbeitgeber mit der Zumutung, diese sollen zur Propaganda gegen die Volksfürsorge für die Öffentlich-rechtlichen Plakate aushängen, Schriften verbreiten, Versammlungen abhalten und Prämienzuschüsse gestatten. Das wird zwar nichts nützen, aber trotzdem sind diese krampsaftigen Bemühungen der Volksfürsorge zu schaden, ernste Mahnungen an alle Freunde der Volksfürsorge, ihrerseits alles zu tun, um das ganze Volk mit den Reformbestrebungen der Volksfürsorge bekannt zu machen und so deren stetigen Fortschritt zu unterstützen.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 1. Mai.

In einer Schöffengerichtshandlung gegen eine Frauensperson wegen Gewerkschaftsunzucht machte der Gärtner J. De. aus Heidelberg als beidseitiger Zeuge fahrlässigerweise unrichtige Angaben. Er wurde heute wegen fahrlässigen Falschzeugens zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 3 Monate durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. — Die Verurteilung des Falschschaffners C. W. aus Oettingheim, den das hiesige Schöffengericht wegen Sachschädigung zu 2 M. Geldstrafe verurteilte, wurde als unbegründet zurückgewiesen. — Der Metzgerlehrling G. St. aus Bauerbach wurde, ansstatt einen Krankenchein von seinem Meister unterschreiben zu lassen, dessen Namen selbst darauf. Er wird wegen Urkundenfälschung zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Im hiesigen Krankenhause war der Schuttmacher W. B. von Lehmigen mit einem Koch befaßt geworden. Als er aus dem Krankenhause entlassen wurde, begab er sich zu seines Bekannten Logiswirt und gab diesem dort, sein Mieter habe ihn beauftragt, seinen Koffer heraus, den W. B. in seine Wohnung nahm, auftrug und daraus verschiedene Gegenstände und Bargeld im Gesamtwert von 180 Mark stahl. Ferner entwendete er einem Kaufmann, mit dem er zusammen wohnte, den Betrag von 12 M. und ging schließlich durch, ohne seiner Logiswirtin die Miete zu bezahlen. W. B. bringt von Wülshausen 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus mit, so daß mit der heutigen Strafe eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Zuchthaus gebildet wird. — Der Hausburche R. W. aus Döfen stahl einem hiesigen Wirt, der ihn beschäftigte, zwei Paar Stiefel im Wert von zusammen 22 M. und verkaufte sie. Er wird zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt; 1 Monat ist durch die Untersuchungshaft verbüßt. — In geheimer Sitzung wurde gegen den Tagelöhner H. B. aus Ebenhausen wegen Zuhälterei verhandelt. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Erwerblust. Auch ihm wird 1 Monat Untersuchungschaft an der Strafe abgerechnet. — Die Kellnerin J. St. aus Mannheim wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Gewerkschaftsunzucht zu 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Ihre gegen die Ueberweisung eingelegte Berufung bleibt erfolglos.

Neues vom Tage.

Schiffskatastrophe. Neuport, 6. Mai. Hier liegen Nachrichten über eine Schiffskatastrophe vor, die sich auf Sable Island ereignet hat. Der Name des von dem deutschen Dampfer „Schdlitz“ beschickten, in hellen Flammen stehenden und steuerlos umhertriebenden Dampfers ist das englische Transpor Schiff „Columbian“, das sich auf der Reise von Antwerpen nach Neuport befand. Nach einem dratlosen Telegramm des Dampfers „Frankonia“

von diesem ein mit 18 Überlebenden des „Columbian“ ver-
 letztes Rettungsboot aufgefischt worden. Die „Franconia“ sucht
 augenblicklich nach einem zweiten Rettungsboot, in dem sich der
 Kapitän, zwei Offiziere und 17 Mann der Besatzung befinden
 sollen. An Bord des verunglückten Transportschiffes haben sich
 mehrere schwere Explosionen ereignet, die großen Schaden an-
 richteten. U. a. wurde auch der Apparat für drahtlose Tele-
 graphie zerstört, sodass es dem Dampfer unmöglich war, Not-
 signale auszusenden. An der Unglücksstelle kreuzen zurzeit ver-
 schiedene Dampfer, die sich auf der Suche nach weiteren Über-
 lebenden des „Columbian“ befinden.

Neuport, 6. Mai. Beamte der Highland-Linie erklären,
 dass die „Columbian“ keine Passagiere an Bord hatte und dass
 die Mannschaft aus 60-70 Personen bestand. Die Cunard-
 Linie hat folgende Meldung von der „Franconia“ erhalten: Wir
 suchen nach dem vermissten Boot. Die Geretteten leiden an
 den Folgen der Erschöpfung. Sie erklären, dass sie seit 40 Stun-
 den im Boot waren. Das Feuer brach am Sonntag aus und
 ist unmittelbar darauf erfolgte eine Reihe von Explosionen.

Waldsterben.
Tanger, 6. Mai. Ein Militärkaplan mit einem Offizier,
 dem Reutnant Logue und einem Bionier an Bord, führte heute
 aus 400 Meter Höhe ab. Der Offizier war sofort tot, während
 sein Begleiter mit leichten Abschürfungen davonkam.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 8. Mai.

**Die Tätigkeit der Stadtverordneten-
 fraktion auf dem Rathause.**

(Schluss der Rede des Genossen Sauer.)

Wichtige Aufgaben hatte die Fraktion auf dem Gebiete der
 Arbeiterfragen
 im allgemeinen und der städtischen Beamten und Arbeiter im
 besonderen zu erledigen. Es wurde eine Revision der Gehalts-
 und Dienstordnung der städtischen Beamten und eine solche der
 Lohn- und Arbeitsordnung der städtischen Arbeiter angenom-
 men. Wir haben der Gehaltsrevision zugestimmt, weil wir
 den Bedürfnissen der Beamten gerecht werden wollten, die Ver-
 hältnisse in den Großstädten sind da auch andere wie in den
 kleineren Gemeinden. Auch der Lohn- und Arbeitsordnung der
 städtischen Arbeiter haben wir zugestimmt, allerdings in we-
 nigen Punkten, denn was man den Arbeitern gab, entsprach
 lange nicht dem, was wir für gerecht und angemessen hielten,
 es hand in keinem Verhältnis zu dem, was man den Be-
 amten gab, es besteht da ein großer Unterschied. Wir haben
 aber wenigstens verlangt, dass das Statut weisheitsgemäß
 wird und dass möglichst viele Arbeiter in die höchste Lohnklasse
 einrücken können. Wir waren oft gezwungen, vorzeitig zu we-
 chen und die Wünsche und Forderungen der Arbeiter vorzutragen.
 Die Herren, die an der Spitze unserer Stadt stehen, zeigen
 dabei, dass sie gar kein Verständnis für die Bedürfnisse der
 Arbeiter haben. Man geht da geradezu feindselig vor. Das muß
 auf die Arbeiter verberbernd wirken, wenn sie sehen, daß bei
 ihnen mit Feindsinn gespart wird, während man sonst Mil-
 lionen ausgibt. Die Behandlung der Arbeiter ist oft eine
 Feindschaft. Wie man der Arbeiterfrage gegenüber gefonnen ist,
 das zeigte auch das Verhalten der Stadtverwaltung beim Ar-
 beiterkongress an Pfingsten vorigen Jahres. Wir werden
 aber solange arbeiten, bis wir uns die Achtung verschafft haben,
 die wir beanspruchen können.

Auf unser Drängen und auf unsern Antrag hin hat sich
 die Stadtverwaltung dazu bequemt, eine

Arbeitslosenversicherung

einzuführen. Es war ein harter, fünf Jahre dauernder Kampf,
 den wir zu führen hatten. Vor fünf Jahren hieß es noch: Nie
 und nimmermehr. Nun hat man sogar ohne Vorlage an den
 Bürgerversammlung 4000 M. in den Voranschlag eingestellt.

Unsere Tätigkeit erstreckt sich nicht allein auf die ausschließ-
 lich die Arbeiter im engeren Sinne betreffenden Gebiete. Wir
 vertreten auch ebenso energisch die

Interessen der Angestellten.

Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe haben die An-
 gestellten nur uns zu verdanken. Die bürgerlichen Parteien
 fühlten sich nicht bemüht, einen diesbezüglichen Antrag zu
 stellen. Wir haben aber Taten setzen lassen. Mögen das die
 Angestellten beherzigen und auch auf die Taten unserer Partei
 sehen, nie auf die schönen Worte der bürgerlichen Parteien
 hören. Wir haben weiter bei der Erneuerung des Orts-
 statuts für das Gewerbegericht Anträge auf Ver-
 besserungen gestellt, mit Erfolg. Ein weiterer, sehr wichtiger
 Antrag ging ebenfalls von unserer Seite aus: Eine Million
 als Darlehen aufzunehmen und gleichzeitig bei der Verstei-
 gungsanbahn ebenfalls eine Million aufzunehmen und mit
 diesem Gelde den

Bau von Kleinwohnungen

vorzunehmen, um der hier herrschenden Wohnungsnot zu
 steuern. Es gibt in Karlsruhe 1,25 Prozent leerstehende Woh-
 nungen. Das Glend ist aber weit größer, wenn man die Woh-
 nungen einmal ansieht, die noch als solche bezeichnet werden,
 in denen noch Menschen wohnen. Wie geht es ferner den kin-
 derreichen Familien? Wir haben, um hier Abhilfe zu schaffen,
 noch einen sehr energischen Kampf zu führen. Das einzige,
 was erreicht worden ist, ist, daß nun in den Weisheitsrätern
 Straßen und Wohnungen erstellt werden. Die Stadt verkauft
 auch in Grünwinkel Gelände zu gleichen Zwecken. Niemand
 will aber dort bauen, die Stadt sollte hier durch Anlage von
 Straßen einen Anreiz geben. Wir verlangen weiter, daß die
 Stadt die gemeinnützigen Baugesellschaften, Mieter- und Bau-
 vereine und Gartenstadgesellschaften ausreichend unterstützt.
 Aber oft, wie z. B. bei der Gartenstadt, nimmt die Stadt wieder
 auf der andern Seite, was sie auf der einen Seite gegeben.
 So ist es auch bezüglich der

Borote.

Die bürgerlichen Parteien bemühen sich besonders stark, um die
 Gunst der Borote. Wir traten immer dafür ein, daß die
 Stadt auch die Verpächter hält, die sie bei der Einkommensteuer
 gegeben. Wir haben schon vor einem halben Jahr den Antrag
 gestellt, daß die Verpächter der Borote gleich so behandelt wer-
 den bezüglich der Willkür zc., wie die Verpächter der Al-
 lstadt. Damals hatte man allerlei Bedenken. Der geschäfts-
 leitende Vorstand gab dem Antrag an den Stadtrat zur Kennt-
 nisnahme weiter; dieser lehnte ihn ab. Jetzt, fünf Monate
 später, befürworten dieselben Herren, die damals ihn ablehnten,
 nun den Antrag — weil Herren in Sicht sind. Die Borote-
 besitzer werden sich durch diese so plötzliche Freundlichkeit
 aber nicht täuschen lassen.

Damit ist die Tätigkeit der Fraktionsgenossen jedoch noch
 nicht erschöpft. Große Arbeit wird noch in den Kommissionen
 geleistet, in denen alle Fragen durchberaten werden. Erfreu-
 licherweise muß auch festgestellt werden, daß das Zusammen-
 arbeiten innerhalb der Fraktion immer ein harmonisches, ein-
 heitliches und einmütiges war. Die Fraktion konnte immer
 geschlossen vorgehen.

Was die gegnerischen Parteien anbelangt, so sind die
 Nationalliberalen bei den letzten Wahlen stark dezi-
 miert worden. Es schadet der Entwicklung der Stadt nichts,
 wenn die Vertretung dieser Partei noch weiter zurückgeht. Es
 ist bei dieser Partei nie eine Einigkeit zu finden. Daß sie in
 der dritten Klasse noch 116 Stimmen erhielt, ist ein Unrecht,
 denn gerade diese Partei ist nicht im geringsten dazu berufen,
 die Interessen der Minderbemittelten zu vertreten. Aus den
 Reihen dieser Parteien kamen immer die häßlichen Bemerkun-
 gen, wenn wir Arbeiterwünsche und Forderungen vortrugen.
 Der Oberbürgermeister findet in seinem Kampf gegen uns in
 dieser Partei die beste Unterstützung. — Das Zentrum er-
 hielt in der dritten Klasse noch 1100 Stimmen, es ist die Re-
 ligionen, mit der diese Arbeiter und kleinen Beamten gefangen
 wurden. Wir werden durch Auffklärung und emsige Arbeit da-
 rauf zu sorgen haben, daß auch der Einfluß dieser Partei in der
 dritten Klasse immer mehr zurückgedrängt werde. — Ein her-
 liches Gebilde ist der Fortschritt. Dessen Vertreter erklären
 immer: Ein Teil von uns ist für, ein anderer Teil gegen eine
 Vorlage, mag es sein, was es will. Solche schwankende,
 programmlose Haltung ist nur erklärlich aus der Zusammen-
 schlingung dieser Partei, sie will alles vertreten, und vertritt dabei
 gar nichts. Wer dieser Partei in der dritten Klasse seine
 Stimme gibt, der ist schlecht beraten.

Die Sozialdemokratie

kann sich dagegen mit ihrer Arbeit sehen lassen. Einmütig trat
 die Fraktion immer auf, sie hat durch ihre Haltung auch den
 verbissenen Gegnern Achtung abgedrängt. Wir haben bisher
 30 Vertreter im Bürgerversammlung gekabt. Leider reicht diese
 Zahl noch nicht aus, um Anträge selbst einreichen zu können,
 es sind bekanntlich nach der Städteordnung 32 Unterschriften
 nötig, damit ein Antrag an den Stadtrat weitergeleitet wird.
 Wir waren daher bisher immer auf bürgerliche Unterstützung
 angewiesen. Erste Aufgabe ist daher, dafür zu sorgen, daß
 wir 32 Sitze erhalten, um vollständig selbständig vorgehen zu
 können. Weiter hinaus wollen wir aber auch dafür sorgen, daß
 wir unsere Mandatzahl so steigern, daß wir auch im Stadtrat
 unsern Einfluß vergrößern können. Die Fraktion hat ihre
 Pflicht getan, an den Genossen und der Arbeiterklasse liegt
 es nun, das übrige zu tun und dafür zu sorgen, daß bei den
 Neuwahlen die Sozialdemokratie wieder mit einer starken
 gegen bisher vermehrten, Zahl Vertreter auf dem Rathaus ein-
 zieht, damit unsere Partei ihren Einfluß immer mehr geltend
 machen kann. — Den Ausführungen des Gen. Sauer wurde
 starker, allseitiger Beifall zuteil.

An der Diskussion wies Gen. Kolb auf den schweren
 Stand hin, den unsere Genossen im Stadtrat haben. Die Na-
 tionalliberalen nützen ihre Herrschaft immer noch aus, die
 guten und bedeutenden Respektate liegen in ihren Händen. Es
 ist deshalb nötig, daß der Einfluß dieser Partei immer mehr
 geschwächt werde. Erschwert wird die Arbeit noch, daß die
 ganze Stadtverwaltung in den Händen von Juristen liegt. Die
 Bureaupolitik ist da so groß wie im Staatsbetrieb. Wir werden
 darauf hinarbeiten müssen, daß in Zukunft nicht nur Juristen
 angestellt werden. Die Verwaltungskosten sind unerhöht groß.
 — Gen. Argall und Heising machen noch kurze Bemerkun-
 gen betr. die Wahlarbeit.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Aufstellung
 der Kandidaten vorgenommen. Wir werden die Listen ver-
 öffentlichen, wenn die Borote die auf sie entfallenden Vertre-
 ter bestimmt haben. Die Vorschläge wurden größtenteils ein-
 stimmig angenommen.

erband ganz
 diese sollen
 Oeffentlich-
 Verfamun

**Arbeiter-Gesangverein „Bruderbund“
 Mörchi.**

Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 2 Uhr, im großen
 Saale des Gasthauses zum „Wahnhof“

**großes Frühjahrs-Konzert
 mit anschließendem Gartenfest.**

Sterzu laden wir die gesamte Arbeiterschaft von Mörchi und
 den Nachbarorten freundlichst ein.
 Programm à 20 Pfg. am Saaleingang erhältlich und
 berechtigt zum Eintritt für beide Veranstaltungen.
 Für Mitglieder Eintritt frei!

Abends von 8 Uhr ab für Mitglieder und deren Angehörige
 Tanzunterhaltung.

Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein Wöflingen.

Sonntag, den 10. Mai, feiert der hiesige Sozialdemo-
 kratische Verein sein

10jähr. Stiftungsfest

verbunden mit Festzug (um 2 Uhr vom „Lamm“), Festrede des
 Landtagsabgeordneten Genossen Kolb und sonstigen Veran-
 staltungen.
 Zu diesem Fest laden wir die Genossen der ganzen Umge-
 bung freundlichst ein.

J. A.: Der Kreisvorstand.
 F. Wundling.

En gros Schneider-Artikel En détail

Beste und billigste Bezugsquelle
 für sämtliche Schneider-Bedarfsartikel und Bügelutensilien
Damen-Jackettfutter

Karlsruhe **Peter Mees** Herrenstr. 42

Verkauf auch nach auswärts.

Achtung! Radfahrer!

Ein Fahrrad emaillieren und vernickeln,
 mit neuen Speichen demontiert und montiert
 kostet in nur prima Ausführung 20 Mark.
 Sämtliche Ersatzteile nur bester Fabrikate
 zu staunend billigen Preisen bei

H. Busch Emaillier-Anstalt Durlach.

Betten · Wäsche · Ausstattungen

Christ. Bertel · Karlsruhe
 Kaiserstr. 101/103 · Tel. 217 · Rabaffmarken.

Z. V. d. H.

Zentralverband der Hand-
 lungsgeliffen Karlsruhe.

**Sonntag, 10. Mai,
 Familien-Ausflug
 mit Tanz**

nach Untergrombach
 Festhalle zum Engel.
 Abfahrt ab Karlsruhe 12.26
 Durlach 12.35
 nach Weingarten, von da
 zu Fuß über Obergrom-
 bach — Michaelsberg —
 Untergrombach. Für Nach-
 zügler und bei ungünstiger
 Witterung ab Karlsruhe
 8.45 Uhr.
 Wir bitten um zahlreiche
 Beteiligung und sind Gäste
 willkommen.
 Der Vorstand.

Für Touristen!

Anzüge, einzelne Hosen,
 Joppen mit u. ohne Falten
 wetterfeste Pelerinen,
 zweckmäßige Hemden etc.
 billigst bei 886

Julius Löwe

Karlsruhe — Südstadt
 25 Werderplatz 25.
 Rabattmarken



Mod. Trauringe

ohne Lötfluge, in jeder Breite
 und Schwere
 8 karat. Gold 333 Paar 10 M.
 14 " " 585 " 20 "

Gravierung gratis.

Oskar Kirschke

Kriegstraße 12. 7820

Schuhwaren

besonders billig.

Kinder-Stiefel 4 75
 Rindbox 31/35 5.25 27/30

Damen-Halbschuhe 4 75
 Einzel-Paare, schwarz u. braun

Reform-Sandalen
 Rindleder mit kleinen Fehlern
 22/26 27/30 31/35 36/40 41/46

1.95 2.25 2.75 3.25 3.75

Josef Ettlinger

Kaiserstraße 48.

Die Wirtschaft „Zur Platane“

Rüppurrerstraße 38 in Karlsruhe
 ist per 1. Juli an tüchtige, lautionsfähige Wirtsleute
 zu vermieten.
 Anfragen an Brauerei A. Pring erbeten.

Gebrüder Scharff

Wir empfehlen:

Käse.

Ia. Limburger per Pfd. 40.-
 Ia. Els. Münster per Pfd. 100.-
 Ia. Emmentaler per Pfd. 120.-

Wurstwaren.

(Stets frisch aus Westfalen.)
 Ia. Mettwurst per Pfd. 120.-
 Ia. Plockwurst per Pfd. 140.-
 Ia. Braunschweiger per Pfd. 140.-
 Ia. Dürrfleisch, mager per Pfd. 105.-

Eier.

(Frisch u. durchleuchtet)
 10 Stück 68 und 75.-

Verkaufe

elegante moderne Kostüme in
 Schwarz und Beinen, elegante
 Stickerei-Kleider, schwarze
 Reformkleider, feiner schwarzer
 Damenmantel, gold. Herren-
 Uhr 30 M., Gebirgsstiefel,
 Größe 42, 8 M., Gitarre mit
 Kästen 17 M., Raffierzeug u.
 sonst. Verschiedenes.
Frau Pfleger, Steinstr. 16, p.
 8 Wurf Durlach, 864
 schöne Durlach, 864
 Werderplatz 43, 4. Et. L. 865

